

## Transformative Klimapolitik in der Zeitenwende. Konfliktlinien und Handlungsrestriktionen eines Jahrhundertprojektes.

Roland Czada

Wenn es ums Überleben geht, taugt das Mehrheitsprinzip als Legitimationsgrundlage politischer Entscheidungen nicht mehr. So lesen wir es in dem Band „Grenzen des Mehrheitsprinzips“ von Offe und Guggenberger aus dem Jahr 1984:

Die Minderheit wird ein vermeintliches Todesurteil durch die Mehrheit nie akzeptieren können. Was einst im Kontext des Kernenergiekonfliktes formuliert

Bernd Guggenberger ..... Claus Offe (Hrsg.)

### **AN DEN GRENZEN DER MEHRHEITSDEMOKRATIE**



Politik und Soziologie der Mehrheitsregel

wurde, sollte angesichts eines imaginierten Weltuntergangs infolge verfehlter Klimapolitik umso mehr gelten. Im Widerstand gegen eine Fortsetzung des fossilen Entwicklungspfad es gilt Klimaschutz als höchstes Gut, hinter dem im Zweifelsfall die Demokratie zurücksteht.

Klimapolitik erscheint aktivistischen Gruppen als eine Überlebensfrage. Ricarda Lang, Vorsitzende der Grünen sieht sich gar vom Klimaurteil des Bundesverfassungsgerichtes ermutigt, eine rigorose Klimapolitik *ultima ratio* auch gegen die Regeln der Mehrheitsdemokratie durchzusetzen.



Grünen-Vorsitzende Ricarda Lang sieht die Möglichkeit einer nichtdemokratischen Klimapolitik basierend auf dem Klimaurteil des Bundesverfassungsgerichtes.

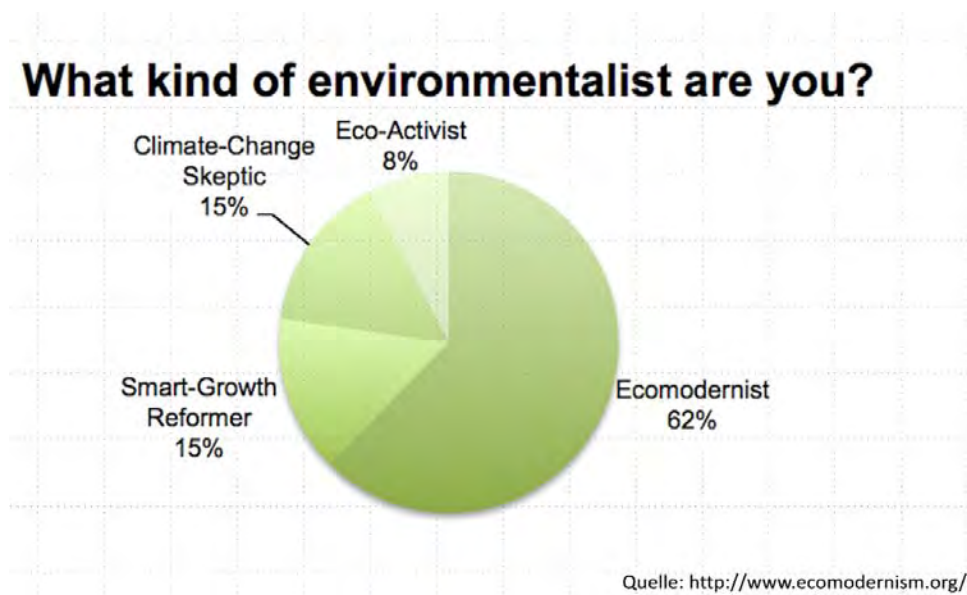
Auch wenn das Anliegen der "Weltrettung" oberste Priorität genießt, tangiert es in der Realität eine Reihe weiterer hochrangiger Existenzfragen. Das wurde jüngst im Zusammenhang mit den Folgen von Pandemie und Krieg, Wirtschaftssanktionen und Versorgungsengpässen deutlich.

Schockereignisse wie Krieg und Energieknappheit verändern, wie man sieht, die Prioritätensetzung. Aber auch ohne externe Schocks konkurriert Klimapolitik mit anderen Politikzielen, namentlich der Wirtschafts- und Sozialpolitik, verursacht Knappheits- und Verteilungsprobleme, technische und administrative Herausforderungen. Schließlich geht es um die politische Steuerung eines gigantischen Strukturwandels. Damit verbunden sind intensive Gestaltungs- und Verteilungskonflikte.

Der zentrale Gestaltungskonflikt kreist um die Frage „Wachstumsverzicht oder Ökomoderne?“. Die politische Ökonomie einer postfossilen Gesellschaft basiert entweder auf technischen Problemlösungen, die Umwelt- und Klimaschutz mit Wohlstand und Fortschritt versöhnen, oder auf einer Postwachstumsökonomie und

Verzichtethik mit den Zielen De-Growth, Eigenproduktion, handwerkliche Reparaturwirtschaft, Suffizienz etc.. Konsumenten sollen ihr Leben von nutzlosem Überfluss befreien, der nur Geld, Zeit, Raum und ökologische Ressourcen kostet. Konzepte des De-Growth fordern Verzicht auf energiehungrigen Technikeinsatz und eine Verkürzung der Lohnarbeit zugunsten von manueller Haus- und Gartenarbeit. Re-Design, Upcycling, Kaufnix und Zero Waste sind Stichworte dieser Debatte. Dagegen verspricht das Konzept der Ökomoderne technische Lösungen gegen die Übernutzung von Naturressourcen und zur Verhinderung eines weiteren CO<sub>2</sub>-Anstiegs – Kernenergie, CO<sub>2</sub>-Abscheidung, Wasserstoffwirtschaft, Destertec, Gentechnologie, maschinelle Superintelligenz, technologische Singularität etc. Damit eröffnen sich neue, lange überholt geglaubte Perspektiven des Wirtschaftswachstums und der Anwendbarkeit technischer Lösungen von Gegenwartsproblemen, vielleicht aber auch neue Machbarkeitsillusionen, die früher oder später notwendig enttäuscht werden.

Suffizienzgesellschaft oder Ökomoderne – Entkommerzialisierung der Lebenswelt und Gemeinwohl-Ökonomie statt kapitalistischer Wachstumsimperativ.



Das hier zum Ausdruck kommende Meinungsbild dürfte für die USA und den Großteil Europas zutreffen. Auch in Deutschland zeigen sich ein Trend zur Ökomoderne und ein Abschwellen der in den 1980er Jahren stark gewordenen ökologischen Technikkritik erkennbar (vgl. Czada 2021a).

#KAUFNIX  
Kampagnen-Webseite der Deutschen Umweltstiftung

15. APRIL 2019 VON REDAKTION

## Suffizienz – Der Weg in eine nachhaltige Gesellschaft?

Wer die Zukunft der Menschheit sichern will, muss weiteres Wirtschaftswachstum verhindern. Um Klimaschutz zu erreichen, muss Suffizienz statt Wachstum zur persönlichen, politischen und ökonomischen Prämisse werden.

Die Deutsche Umweltstiftung startet deshalb eine zweimonatige Kampagne zur Förderung einer Zukunft, die sich vom Mantra des Wachstums emanzipiert. Wir wollen darin beispielhaftes Engagement vorstellen und konkrete Tipps für individuelle Handlungsmöglichkeiten gegen unbedachten Konsum vorstellen.

Für den Weg in eine nachhaltige Gesellschaft müssen wir uns vom Wirtschaftswachstum verabschieden. Foto: kaniel79 / Pixabay.

Die #KAUFNIX Kampagne der Bundesstiftung Umwelt wirbt für das Konzept einer Suffizienzgesellschaft

Die von Klimapolitik bewirkte ökonomische und gesellschaftliche Transformation verursacht weiterhin massive Verteilungskonflikte, die – anders als ideologisch verbrämte Gestaltungskonflikte – offen als Interessengegensätze zutage treten:

- *interregional* zwischen alten und neuen Energiestandorten,
- *intersektoral* zwischen aufsteigenden und absteigenden Wirtschaftsbranchen,
- *stratifikatorisch* zwischen unteren und höheren Einkommensgruppen,
- *international* zwischen Industrieländern, armen Ländern und energierohstoffreichen Ländern.

Diese Konflikte beziehen sich über die Bundesrepublik hinaus auf Europa und die globale Ebene. Sie gehen bezüglich Intensität und Problemdruck und über alle bisherigen Erfahrungen mit einer modernisierungsorientierten Politik der Strukturanpassung (aus den 1970er, 80er Jahren – Modell Deutschland - und im Prozess der deutschen Vereinigung) weit hinaus.

Die von Klimapolitik bewirkte ökonomische und gesellschaftliche Transformation verursacht **ideologische Gestaltungskonflikte** und **massive Verteilungskonflikte**:

**Gestaltungskonflikt:** Postwachstumsökonomie vs. Ökomoderne.

**Verteilungskonflikte:**

- **interregional** zwischen alten und neuen Energiestandorten,
- **intersektoral** zwischen aufsteigenden und absteigenden Wirtschaftsbranchen,
- **stratifikatorisch** zwischen unteren und höheren Einkommensgruppen.
- **International** zwischen Industrieländern, armen Ländern und energierohstoffreichen Ländern.

### Interregionale Verteilungskonflikte

Betrachten wir zunächst die interregionalen Verteilungskonflikte in Deutschland. Die besten heimischen Standorte für die regenerative, CO<sub>2</sub>-freie Energieerzeugung finden sich aufgrund ihres Windreichtums in den norddeutschen Küstenländern, während der deutsche Süden als windarme Region gilt. Hohe Windkraftanteile im Norden, ein im Süden wegfallender hoher Kernkraftanteil und daneben traditionelle Kohleregionen im Westen und Osten kennzeichnen die Energielandkarte Deutschlands. In einer postfossilen und postnuklearen Zukunft sollen Kohleverstromung und Kernenergie aus dem Energiemix ganz verschwinden. Dann muss der Norden die Stromversorgung der hochindustrialisierten südlicheren Regionen Deutschlands sicherstellen. Insofern sind massive Standortverschiebungen und damit räumliche Gewinner und Verlierer einer Energie- und Klimawende absehbar. Sie ist mit entsprechend ausgeprägten Interessenunterschieden konfrontiert und daraus resultierenden Konflikten zwischen den windreichen Nordländern, den im Westen und Osten liegenden Kohleländern Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen und den mit dem Ersatz hoher Kernenergieanteile konfrontierten Südländern Baden-Württemberg und Bayern. Dies belastet die föderalen Verhandlungssysteme. Die 2016 vom Bund vorgeschlagene Einrichtung einer Energieministerkonferenz der Länder fand nur in Brandenburg Zuspruch. Der Ausbau der Netzinfrastruktur kommt auch infolge von Konflikten zwischen Nord- und Südländern nicht voran.

Die süddeutschen Länder Bayern und Baden-Württemberg setzten seit den 1960er Jahren stark auf die Kernenergie, die sie unabhängig von der Ruhrkohle machen sollte. Vor allem Bayern wehrt sich nun, die Standortfreiheit aufzugeben. Für neue Abhängigkeiten von den windreichen norddeutschen Küstenländern möchte das Land durch den Bau von Gaskraftwerken zur Überbrückung von Dunkelflauten entschädigt werden. Die dazu notwendige Gasversorgung ist heute weniger denn je gesichert, nachdem wegen der Umstellung von russischem Gas auf LNG-Flüssiggas, auch hier die norddeutschen Küstenländer im Vorteil sind.

Die Hoffnung auf ein dezentrales Organisationsmodell einer postfossilen Gesellschaft wird absehbar enttäuscht werden. Die erneuerbaren Energien sind Teil eines großtechnischen Systems, das viele Wirtschaftsbranchen und Infrastruktureinrichtungen umfasst. Sie erfordern einen hohen Grad zentraler Steuerung. Dies liegt einmal daran, dass natürliche Standortfaktoren eine große Rolle spielen und daher weiträumige, bestenfalls gesamteuropäische Übertragungsnetze vonnöten sind. Die Energieerzeugung ist an Regionen mit Windreichtum oder hohen Solareinträgen gebunden, während zum Beispiel Kernenergieanlagen fast überall gebaut werden können. Außerdem erfordern Übertragungsnetze, ein kompliziertes Lastmanagement und der Zubau von Speicherseen zum Beispiel in Norwegen ein hoch zentralisiertes, europäisches Organisationsmodell. Ähnliches gilt für die Elektromobilität und eine aufziehende Wasserstoffwirtschaft, die ebenfalls eine großflächige, europaweite Infrastrukturplanung und Umsetzung erfordern. Ein großtechnisches Vorhaben ist auch die Sektorkoppelung, die auf eine Verzahnung der Kraftwerks- und Netzbetreiber mit der Verkehrswirtschaft, den Wärmemärkten, dem Informations- und Kommunikationssektor (IKT) sowie Verwaltungen und Gebietskörperschaften abzielt.

Ich denke, das ist ein großtechnisches System, im Werden, das hinsichtlich weiträumiger Organisation und Steuerung alles übertrifft, was wir bisher hatten.

Außerdem sieht es so aus, als ob das (bislang als gültig erachtete) Sektorentwicklungsmodell von Fourastie widerlegt und die (vielfach abgezweifele) Kuznets-Hypothese zunehmender Ungleichheit im Strukturwandel bestätigt würden. Erneuerbare Energien führten zu einer Renaissance des Bodeneigentums. Das lässt sich an der Bodenpreisentwicklung der letzten zehn Jahre ablesen, aber auch an den Nacherbforderungen von Kindern von Zweit- und Drittgeborenen aus Bauernhöfen, die heute Jahrespachterträge in Millionenhöfe für Windräder einstreichen. Die schon



Diese vorausschauende Langfrist-Governance hat nun aber durch den Wirtschaftskrieg mit Russland zwei ihrer wesentlichen Grundlagen verloren. Erstens, ist die Verlagerung von Produktionsstandorten, wie sie seit den 1970er Jahren praktiziert wurde, nicht mehr möglich, wenn die betroffenen Unternehmen aufgrund eines Energiepreisschocks kurzfristig zahlungsunfähig werden und ihren Betrieb ganz einstellen. Insolvenz wird dann zur Alternative zur Standortverlagerung. Mit anderen Worten: Die Wettbewerbssituation hat sich in diesem Jahr 2022 so abrupt verschlechtert, dass die herkömmliche Anpassungsstrategie für viele Betriebe nicht mehr möglich war. Nur Großunternehmen, die ohnehin global aufgestellt sind, finden hier einen raschen und nachhaltigen Ausweg.

Zudem stößt, zweitens, die sozialpolitische Flankierung des Strukturwandels an Grenzen. Die seit den 1970er Jahren gängige Formel, wonach Modernisierungsverlierer großzügig kompensiert werden – durch Sozialtransfers und Frühverrentung – funktioniert nicht mehr. Das hat mehrere Ursachen: Es gibt keine nachwachsenden Alterskohorten, die wie damals in Überzahl in den Arbeitsmarkt drängen und mit ihren Beiträgen die Sozialtats stabilisieren können. Die Kompensation des derzeitigen Energiepreisschocks führt zu gigantischen Umverteilungsaktionen, die mit zunehmender Staatsintervention einhergehen. Marktkonforme Strukturanpassungen erweisen sich als zunehmend unmöglich. Die sog. „Töpfer-Kommission“ in der Bischöfe, Philosophen und Soziologen 2011 den Kernenergieausstieg vorentschieden haben und erneut die sog. Kohlekommission von 2020 zeigen, dass – anders als noch in den 1970er, 80er und 90er Jahren – marktwirtschaftliche Steuerungsimpulse an Gewicht verloren haben und auch eine völlig veränderte Akteurkonstellation zum Zuge kam. Die vormals korporatistische, von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften getragene Strukturanpassung ist zu einem Aushandlungsgegenstand geworden, bei dem aktivistische Gruppen – Ökoverbände, Bürgerinitiativen, Kirchen, der Bauernverband etc. – den Ton angeben. Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften saßen in der Töpfer-Kommission und der Kohlekommission am Katzentisch.

Transformation und Ungleichheit

Eine dritte tiefe Konfliktlinie entsteht aus anwachsender sozialer Ungleichheit. Die klimapolitische Transformation führt zu Verteilungskonflikten zwischen Einkommensgruppen, wie wir sie in der Bundesrepublik bisher nicht erlebt haben.



Der jüngste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2022 geht auf das Thema „Energiearmut“ und den Personenkreis ein, der von klimapolitischen Maßnahmen benachteiligt wird. Die Kostenbelastung durch gestiegene Strompreise beträgt für Haushalte aus dem unteren Einkommensdrittel durchschnittlich 1,08 Prozent ihres Einkommens, während sie im oberen Einkommensdrittel im Schnitt bei 0,49 Prozent liegt. Zudem haben finanzschwache Haushalte kaum die Möglichkeit von der EEG- Umlage zu profitieren, weil sie keine Photovoltaik-Anlagen betreiben oder Eigentum und Einkommen durch die Beteiligung an Windgenossenschaften erwerben können (Lebenslagen 2022, S. XXII, 330-334). Ärmere Haushalte wohnen oft in älteren, schlecht wärmeisolierten Gebäuden. Sie können nicht mit E-Autos Steuern und Mobilitätskosten sparen, während alte Fahrzeuge mit kontinuierlich steigenden Energiesteuern belegt werden. Zusätzliche Gründe sind neuerdings eine Energiepreisinflation, die auf die Lebenshaltungskosten insgesamt durchschlägt, zum anderen an die mit Strukturwandel stets verbundene Gegenüberstellung von Modernisierungsgewinnern und Modernisierungsverlierern. Absteigende Branchen und veränderte Produktionsbedingungen führen zu Lasten, die nach bisherigen, dem früheren Modell Deutschland entsprechenden Vorstellungen durch Produktivitätssteigerungen und Wachstumsdividenden sowie durch Sozialpolitik kompensiert werden. Ob diese Rechnung heute noch aufgeht, ist allerdings fraglich, insbesondere wenn die ökologische Transformation auf Wachstumsverzicht, DeGrowth hinausläuft.

Wahrscheinlicher scheint mir, dass die Herausforderungen der Energiewende und der Klimapolitik die Entstehung eines neuen Deutungsrahmens begünstigen, der wie schon in den 1970er Jahren von einem technologischen Gestaltungsoptimismus geprägt ist. Sie geben dem Technikdiskurs eine neue Richtung. Aber auch hier drohen Desillusionierung und neue Abgründe.

Während die klimapolitischen Ziele stets von übergroßen Mehrheiten in Parlamenten und auf internationaler Ebene geteilt werden, bricht dieser Konsens auf der Vollzugsebene regelmäßig zusammen. Die Hauptursache ist, dass in der Klimapolitik aktivistische Akteure und Experten mit beschränkten oder fehlenden Handlungsressourcen den vorparlamentarischen Diskurs bestimmen, wie z.B. in der Töpfer-Kommission, Kohlekommission etc., während die frühere Politik des Strukturwandels „korporatistisch“ von Wirtschaftsverbänden, Unternehmen und Gewerkschaften formuliert und implementiert wurde. Die Aufwertung des Staates als

Krisenmanager und Vollzugsorgan ist auch dem Niedergang des Verbändekorporatismus geschuldet. Fehlender Handlungskonsens heißt, dass es bei der Umsetzung vieler, kaum noch überschaubarer Einzelmaßnahmen Streit gibt und das Feilschen und wechselseitige Blockieren einsetzt. Das Nachkarten zur Kohlekommission ist dafür das beste Beispiel.

Starker Richtungskonsens, schwacher Handlungskonsens
<ul style="list-style-type: none"><li>• Umfassender <u>Richtungskonsens</u> pro Energiewende, Klimaschutz und gegen soziale Ungleichheit</li><li>• Weitgehender <u>Dissens in der Umsetzung</u> u.a. bedingt durch erwartete Verteilungswirkungen.</li><li>• Umstritten sind:<ul style="list-style-type: none"><li>Verfahren, Zuständigkeiten, Instrumente, Finanzierung, Technologien, Prioritäten, Zeithorizonte, Flächennutzung, Abstandsregeln (Freileitungen, Windräder)</li><li>Einspeisungsvorrang, Einspeisungspreise; Gebotszonen (Preiszone), (Kapazitäts-)Marktregulierung, Technische Normung, Bauvorschriften, Infrastrukturvorgaben und – Finanzierung (Stromnetze, Ladeinfrastruktur, Wasserstoffpipelines), Sozialpolitische Kompensation ungleicher Transformationskosten .....</li></ul></li><li>• Hochgradig heterogene Interessenstruktur (aufgrund unterschiedlicher Standortbedingungen und Soziallagen)</li><li>• → Fehlender <u>Handlungskonsens</u> !!!</li></ul>
<small>Quelle: Czada, Roland: Energiewendepolitik. Aufgaben, Probleme und Konflikte. In: Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) 69. Jg., Heft 2/2020, S. 169-181 <a href="http://bit.ly/Energiewendepolitik">http://bit.ly/Energiewendepolitik</a> → Bundesrechnungshof – Energiewendebericht 2016: <a href="http://bit.ly/30LBEhD-Energiewendebericht-2016">http://bit.ly/30LBEhD-Energiewendebericht-2016</a></small>

Wer glaubte, ein Weltrettungs-Narrativ könnte sich gegen situative Realpolitik durchsetzen ist gerade jetzt, im Jahre 2022 eines Besseren belehrt worden. Die "Weltrettung" muss angesichts aktueller Probleme zurückstehen. Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine befinden wir uns in einer geopolitisch und geökonomisch sehr viel unfreundlicheren Welt. Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie gelten inzwischen das Hauptproblem. Es verändert den allgemeinen Klimadiskurs nicht wesentlich, beeinflusst aber den ideologischen Gestaltungskonflikt um die Frage "Postwachstumsökonomie oder Ökomoderne bzw. Green Growth?" und überlagert die Vielzahl von Verteilungskonflikten im Vollzug von Klimapolitik. Durch die übergroße Zahl von politischen Einzelmaßnahmen und ein gigantisches Umverteilungsvolumen wird die Komplexität der Konfliktstruktur noch größer.

Der Konflikt muss klein gearbeitet werden, weil es sonst zu einer Aufschaukelungsdynamik kommt. Meine Schlussfolgerung wäre, dass sich die

komplexen Konfliktlagen nur demokratisch bewältigen lassen. Eine autoritäre Lösung hätte eine Problemvereinfachung zur Folge, die erfahrungsgemäß den Konflikt verschärfen würde (bis hin zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen) und letztlich doch keine Problemlösung garantieren kann.

Der Vorteil einer demokratischen Longterm-Governance läge auch darin, dass sie das Simultaneitätsdilemma aufzulösen imstande ist. Die Politik kann Maßnahmen im Zeitverlauf aufeinander abstimmen statt sie parallel abarbeiten zu müssen. Das funktioniert in vielen Ländern, etwa den Niederlanden (im Rahmen des korporatischen Energieakkoord und Klimataakkoord), nicht aber in Deutschland, wo jetzt erneut eine Zubaueuphorie ausgebrochen ist, als ob neue Windkraft- und Solaranlagen eine rasche Lösung brächten. Energie muss nicht nur produziert, sondern auch verteilt werden, gespeichert werden, effizient verwendet werden, neue Technologien müssen gefördert werden, die Bürokratie reduziert werden etc.

Netzausbau, Speichertechnologien, Energieeffizienzmaßnahmen, Technologieförderung, Bürokratieabbau sind gleichwertige Maßnahmen, die z.B. in den Niederlanden aufeinander abgestimmt bzw. konzertiert werden, und zwar von Stakeholdern, die an der Umsetzung der Politik mitwirken (Handwerk, Industrieverbände, Unternehmen, Gewerkschaften, Provinz- und Kommunalverbände) und nicht von Bischöfen, Philosophen, Sozialwissenschaftlern und Aktivisten, die in der "Töpfer-Kommission" einen diffusen Richtungskonsens propagierten, aber selbst außer Reden nichts beitragen konnten.

Der Ausnahmezustand kann schwerlich in eine nähere oder ferne Zukunft projiziert werden. Das gab es bisher nur in der Form von Religionen oder Ideologien, die einen dystopischen oder utopischen Endzustand im Blick hatten.

**Literatur** (aus dem Forschungsprojekt „Governance der Energiewende“, gefördert von der Fritz-Thyssen-Stiftung; nach Veröffentlichungsjahr absteigend).

**Czada, Roland: Konfliktlinien der Klimapolitik.** In: Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) 71. Jg., Heft 2/2022, S. 157-167

<https://www.politik.uos.de/download/konfliktlinien.Klimapolitik.czada.pdf>

**Czada, Roland: Klimapolitik im sozialen Bundesstaat. Konfliktlinien - Interessen - Instrumente - Herausforderungen.** In: 2. Loccumer Protokolle 81/2021, S. 75-105.

<https://www.politik.uos.de/download/klima/klimapolitik.loccumer.protokolle.czada.html>

**Czada, Roland. „Zwischen Sachzwangideologie und Technokratiekritik. Diskurskapriolen um Technikbewertungen und Expertenrollen.** In: Umstrittene Expertise: Zur Wissensproblematik der Politik, Leviathan Sonderband 38, S. 41-66. Baden-Baden 2021: Nomos.

<https://www.politik.uos.de/download/expertise/expertise3.html>

**Czada, Roland: Energiewendepolitik. Aufgaben, Probleme und Konflikte.** In: Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) 69. Jg., Heft 2/2020, S. 169-181

<http://bit.ly/Energiewendepolitik>

**Czada, Roland: Politikwenden und transformative Politik in Deutschland.** In: dms – der moderne staat 12 (2/2019), 400-417

<https://www.politik.uni-osnabrueck.de/download/czada.politikwenden.transformative.politik.dms.pdf>

**Czada, Roland (mit Arthur Benz): Politische Steuerung von Transformation – das Beispiel der Energiepolitik.** In: dms – der moderne staat 12 (2/2019), 243-250

<https://www.budrich-journals.de/index.php/dms/article/view/34538>

**Czada, Roland (mit Jörg Radtke): Governance langfristiger Transformationsprozesse. Der Sonderfall „Energiewende“.** In: Jörg Radtke und Norbert Kersting (Hg.): Energiewende. Wiesbaden: Springer 2018, S. 45–75..

<https://www.politik.uni-osnabrueck.de/download/czada.radtke.energietransformation.pdf>

**Chemnitz, Christine: Der Mythos vom Energiewendekonsens. Ein Erklärungsansatz zu den bisherigen Koordinations- und Steuerungsproblemen bei der Umsetzung der Energiewende im Föderalismus.** In: Energiewende. Politikwissenschaftliche Perspektiven, Hrsg. Jörg Radtke, Norbert Kersting, 155–203. Wiesbaden 2018: Springer VS.

<https://www.budrich-journals.de/index.php/dms/article/view/33448>

**Czada, Roland: Planen und Entscheiden als Steuerungsaufgabe und Interaktionsproblem.** In: Langfristiges Planen. Zur Bedeutung sozialer und kognitiver Ressourcen für nachhaltiges Handeln, hrsg. Georg Kamp, 215-261. Berlin, Heidelberg 2016: Springer Nature. <https://bit.ly/3dvaNxx>

**Czada, Roland: Gesellschaft, Staat und Politische Ökonomie im postfossilen Zeitalter.** In: Fürst, Dietrich / Bache, Andrea (Hrsg.), Postfossile Gesellschaft - Fluchtlinien in die Zukunft. Peter Lang, Frankfurt/M. u.a, 2014, 13 - 26.

<https://www.politik.uni-osnabrueck.de/download/czada.postfossile.gesellschaft.pdf>